

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 110 (1932)

Artikel: Die Befreiung der Landschaft Basel in der Revolution von 1798

Autor: Steiner, Gustav

Kapitel: 6.: Ochs und Vischer : Vorstoss zur Gleichstellung der Untertanen

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006934>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

in Schach gehalten würden. Die Unverletzlichkeit des Vaterlandes freilich sollte unantastbar bleiben. Also keine stürmische Volksbewegung, keine Anarchie, keine Eroberung.

Es ist nachträglich nicht schwer, die begangenen Fehler nachzuweisen; viel schwerer ist es, die vernünftigen Gründe, durch die sich die Führer leiten ließen, gelten zu lassen. Das Programm hatte ausschlaggebende politische Gründe für sich. Daß die Durchführung nicht etwa von Anfang an aussichtslos war, das beweist die Basler Revolution. Sie verlief, in der Hauptsache wenigstens, programmgemäß, vorbildlich.

Sehr einleuchtend bemerkt ein Zeitgenosse, es sei keine Kunst, die Uhr auseinanderzulegen, aber sie wieder zusammenzusetzen. Aber das ist doch nur eine halbe Wahrheit. Es war wahrhaftig eine Revolution notwendig, um die Basler Uhr in Übereinstimmung zu bringen mit den Uhren der übrigen Welt. Und das ist kein Bild, sondern Tatsache. Was dem Mathematiker Bernoulli nicht gelungen war, das brachte erst die Umschaffung am Tag der Freiheit fertig: die Stadtuhren mußten gleich den Uhren auf der Landschaft gerichtet werden.

Die Umschaffung sollte nicht nur von oben ausgehen und die Anarchie, also die Zerstörung des Uhrwerkes, vermeiden, sondern sie sollte, wie Ochs seinem Schwager Peter Vischer schrieb, sich ohne Convulsion vollenden. Ohne „Kräbel“, sans égratignure, wie er sich gegenüber Laharpe äusserte. Keine stürmische Volksbewegung von unten, sondern eine Verfassungsänderung durch den Großen Rat. Dem Bürgermeister Burckhardt gab er das Versprechen, er werde alles anwenden, daß die Basler Umschaffung so ruhig verlaufe wie der jährliche Wechsel im Regierungsvorsitz.

Wenn die Basler Revolution der Anfang der gesamtschweizerischen Regeneration sein wollte, dann mußte sie sich in ihrem Verlauf musterhaft gestalten. Also keine Gewalttätigkeit, keine Expropriation, kein Mißbrauch an Personen und Eigentum, keine Vergewaltigung durch Frankreich. Die Gegner sollten geschont werden. Diese Richtlinien beherrschten ihren Verlauf.

Daß seine Generalidee die Basler Revolution geleitet und zum Erfolg geführt hat, das blieb Ochs auch in den Tagen schwerster Anfechtung ein tröstlicher Gedanke.

6. Ochs und Vischer: Vorstoß zur Gleichstellung der Untertanen.

Am Anfang der französischen Revolution steht der Sturm auf die Bastille. Mit der Macht eines Symbols. Die Basler Revolution kennt nichts Ähnliches. Die Phantasie freilich verbindet gerne den Anblick der zerstörten Landvogteischlösser

mit der Vorstellung eines unmittelbaren, über das ganze Land organisierten Bauernaufstandes, durch den die Burgen erstürmt werden. Die Flammen lodern wie ein Signal; in ihrem Lichtschein wogt ein Volk in Waffen gegen die Stadt, und die Bauernführer ertrotzen die Freiheit. Aber mit der Wirklichkeit stimmt diese Vorstellung nicht überein. Der Burgenbruch steht nicht am Anfang der Basler Revolutionsgeschichte. Nur die Zerstörung Waldenburgs ist ein wirkungsvoller Theatereffekt. Die übrigen Schlösser werden geräumt, nachdem der Höhepunkt überschritten ist. Ihren Anfang nahm die Revolution in der Ratsstube, nicht auf der Straße. Und nicht die Untertanen unternahmen das Wagnis, sondern bevorrechtete Bürger, Männer, die der obren Gesellschaftsschicht angehörten, und die sich von ihrem Gewissen, nicht aber von persönlichen Interessen leiten ließen. Darin liegt nicht zuletzt das Große der Basler Revolution: Hier waren geistige Führer am Werke, die, von ethischen Verpflichtungen durchdrungen, für die Entrechten in den Riß traten. Sie geizten nicht nach Amt und Ehren, sondern sie waren vielmehr bereit, auf Amt und Ehren, die sie besaßen, zu verzichten. Man mag es einen Irrtum nennen, daß sie den Lauf der Welt verkannten. Der Skeptiker wird ihnen sagen, daß die Politik nicht durch Ideen, sondern durch Blut und Eisen entschieden wird, eine Behauptung, die die fortwirkende Kraft des Gedankens unterschätzt, weil wir mit der richtigen Zeitspanne menschlichen Lebens zu rechnen gewohnt sind. Aber diese Basler vom Schlage eines Vischer, Legrand, Huber, Schmid, vertraten eine große, man müßte sagen: eine im Sinne Kants sittliche Idee. Daß sie die große Zahl der Volksgenossen erst für sich gewinnen, sie überzeugen und mitreißen mußten, daß sie den Widerstand der ängstlichen oder vom greifbaren Vorteil beherrschten Altgesinnten nur schwer brechen konnten, das hat nichts Überraschendes. Sondern erstaunlich ist die Tatsache, daß die rechnerisch nüchterne Art nicht nur durch Zwang, sondern durch die Größe des Gedankens überwunden wurde. Dem Basler geht das Pathos ab. Auch der Verstand soll beteiligt sein, wenn es sich um Entschlüsse handelt. Der Geist der Kritik läßt eine spontane Bewunderung selten zu. Um so höher sind die zähen Anstrengungen und der Erfolg der Patrioten einzuschätzen. Aus der Wirkung, die von den Patriotenführern auf die städtischen Volksgenossen ausgegangen ist, können wir schließen auf den persönlichen Wert der Führer.

Auch sie wurden später von der Revolution verschlungen, „wie Saturn seine Kinder verzehrt“, um ein Wort Dantons zu gebrauchen. Aber in der Vorbereitung und in der Krisis der Basler Revolution bewährte sich ihre Führerschaft. Sie brachten es fertig, daß die Umschaffung „von oben“ herab gelang und nicht in Anarchie ausartete. Ihr Wort war ausschlaggebend auch auf der Landschaft. Dort wurde es

aufgenommen als das ehrliche Wort der Verständigung. Die Erregung des Landvolkes durfte wohl ins Sieden kommen; aber sie durfte nicht überkochen. Der Bürgerkrieg wurde ausgeschaltet, weil die Bauern und Bauernführer der Aufrichtigkeit und geistigen Überlegenheit der städtischen Patrioten vertrauen konnten.

Man hat nach den Dreißigerwirren oft darüber gestritten, wer die Schuld am übeln Ausgang trage. Die Umschaffung von 1798, welche die Bürger und die Untertanen vor eine Aufgabe von ganz anderm Ausmaß stellte, konnte die Gefahr der Anarchie und Auflösung überstehen, weil die Bewegung von Männern geleitet wurde, die durch überragende Persönlichkeit die Leidenschaften im Zaume hielten und auf das eine Ziel, auf den Ausgleich hinarbeiteten. Das gilt nicht nur von der Zusammenarbeit städtischer und landschäftler Führer, sondern auch von den Verhältnissen in der Bürgerschaft. Auch 1798 bestanden kleinliche Interessen, oben und unten. Aber die Oberschicht, die in einem Staatswesen infolge ihrer ökonomischen Vorteile und kraft ihrer Bildungsmöglichkeiten in erster Linie für die geistige Beschaffenheit eines Volkes verantwortlich ist, – die Oberschicht von 1798 bestand nicht nur aus hartnäckigen Vertretern der überlieferten Ordnung, sondern sie stellte auch weitsichtige Führer der Bewegung, die sich durch Kopf und Herz auszeichneten und fähig waren, Handwerker und Fabrikanten, Gelehrte und Ungelehrte für einen großen Gedanken zu gewinnen.

Diese Führer haben die Umschaffung nach dem Ochsischen Programm als eine Verfassungsänderung zustande gebracht. Ihnen dankt es Basel, daß die Feuer, die aus dem Schlosse Waldenburg flammten, Freudenfeuer und nicht Kriegssignal wurden.

Der „entscheidende Tag“ war der 8. Dezember 1797. Am 7. Dezember war Bonaparte in Paris eingetroffen, Ochs zwei Tage vorher. Am 8. Dezember waren beide bei dem Direktor Reubell zu Gast. Schon bei Tisch ergingen sich Reubell und Bonaparte in bittern Worten über die bernischen und solothurnischen Aristokraten. Als die Tafel aufgehoben war, setzten sie abseits von der übrigen Gesellschaft ihr Gespräch fort. Bonaparte und Reubell waren darin einig, daß zur Herstellung erträglicher Beziehungen die oligarchischen Regierungen in der Schweiz durch die repräsentative Demokratie müßten ersetzt werden. Laharpe hatte seit langem die Einmischung des Direktoriums angerufen, damit sich das Waadtland von der Herrschaft der Berner befreien könne. Reubell widersetzte sich einer Intervention. Bonaparte wünschte sie. Seine Eroberungsabsichten aber hielt er geheim. Die Übereinstimmung von General und Direktor erstreckte sich lediglich auf die Demokratisierung der Schweiz. Bonaparte stellte die Frage: Könnten die Patrioten in der Schweiz eine Revolution – also einen Volksaufstand – unternehmen, wenn

die Franzosen in zweiter Linie ständen. Ochs verneinte die Frage. Ein Volksaufstand, der zur Anarchie und zur militärischen Intervention führen mußte, lag nicht in seiner Denkungsart. Bonaparte beharrte darauf, die Revolution müsse doch geschehen, und zwar bald. Daraufhin erklärte der Oberstzunftmeister, daß sie nicht durch das Volk, sondern von „oben herab“, das heißt auf legalem Wege durch die Regierung geschehen müsse. Der Große Rat von Basel besitze das Recht, das Fundamentalgesetz zu ändern. Er werde einen Versuch wagen und am nächsten großen Ratstag einen Anzug einbringen lassen. Bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Bonaparte setzte sich ein für die Petition Laharpes zu Gunsten der Waadtländer. Ebenso für die Revolutionierung der ennetburgischen Vogteien (Tessin).

An allen drei Ansatzstellen handelte es sich um die Befreiung der Untertanen. Aber nur im Ohsischen Programm zur Erteilung der Rechtsgleichheit an die Basler Untertanen wurde unzweideutig der Weg beschritten, den er für den richtigen hielt: Umschaffung „von oben“ herab, durch Verfassungsänderung im Großen Rat. Für das Waadtland so wenig als für die ennetburgischen Vogteien kam diese Methode in Betracht. Dort vollzog sich die Befreiung als Rebellion, als eine Insurrektion des Volkes gegen die bisherigen Herren. Frankreich übernahm das Protektorat.

Ochs übereilte sich nicht. Vielleicht glaubte er, rechtzeitig zur Großen Ratsversammlung wieder zurück zu sein. Seine Gegenwart war dann eine wirksame Rückendeckung der Antragsteller.

Am Tage nach der Unterredung mit Bonaparte und Reubell deutete Ochs dem Bürgermeister Burckhardt an, daß Verfassungsänderungen unumgänglich seien. Ein paar Tage später schrieb er ihm, diejenigen Kantone seien glücklich, die diese Veränderungen selbst durchführten. Mit einer Beharrlichkeit ohnegleichen und mit der Sicherheit des Wissenden wiederholte er von nun an, Brief für Brief, diese Behauptung, daß die Umschaffung eine Schicksalsfrage sei. Er stand mit Bürgermeister Burckhardt in dauernder Verbindung.

Als der Geheime Rat ihn bestimmen wollte, die Verfassungsänderung abzuwenden, wurde Ochs drohend und ernst: wer es gut meine mit dem Vaterland, der befördere die Umschaffung. Mit den diplomatischen Kunststücken der Regierungen vertraut, gab er dem Rat einen Wink, auf Ausflüchte zu verzichten. Auch von regierungstreuen Kundgebungen des Landvolkes, die künstlich erzeugt werden, riet er ab.

Nachdem Ochs am 12. Dezember dem Bürgermeister die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung angedeutet hatte, schrieb er am 13. Dezember an seinen Schwager Peter Vischer: „Große Veränderungen stehen bevor; die Schweiz wird dadurch glücklich und ihre politische Existenz bewahren; es hängt von den Regenten

ab, dafür zu sorgen, daß das Unvermeidliche ohne Konvulsionen sich vollziehe." Ochs lädt Vischer ein, voranzugehen. Er spreche nicht von der Ehre, die damit verbunden sei, sondern er wende sich an sein Gewissen. Am 8. Januar solle er im Großen Rat die Motion stellen: „Ob nicht die Lage der Dinge und die echten Grundsätze einer Republik es erfordern, daß der politische Unterschied zwischen Untertanen und regierenden Bürgern aufgehoben werde.“ Einfacher ausgedrückt: die Spannung zwischen dem demokratischen Frankreich und den aristokratischen Kantonen, ferner die Gerechtigkeit verlangen die Gleichstellung der Untertanen.

Wenn jetzt Vischer auf das Ansinnen einging, dann bedeutete dies für Ochs und seine Freunde den Übergang von der Theorie zur Praxis. Wer die Kraftprobe bestehen werde, das war nicht vorauszubestimmen. Je nachdem war Ochs ein abgetaner Mann.

Zwischen dem 13. Dezember und dem 8. Januar lagen beinahe sechs Wochen. Zeit genug, um den Vorstoß vorzubereiten, Ochs konnte den Bürgermeister brieflich bearbeiten, Vischer mit seinen Freunden die Rollen verteilen. Eine derartige Taktik aber unterblieb. Die Ereignisse überholten die Pionierarbeit. Ochs hatte sich geirrt: die nächste Großratssitzung war schon auf den 18. Dezember angesetzt. Vischer, in seiner Gewissenhaftigkeit, glaubte nicht zögern zu dürfen. Er hatte kaum die Aufforderung seines Schwagers in der Hand, so handelte er. Das Wagnis kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Ratsherr Peter Vischer gehörte zu den Weitsichtigen. Er gab sich mit der Erwägung des Pfarrers zu St. Peter, daß alles nach dem Ratschluß der Herrn geschehen werde, nicht zufrieden. Er erkannte, daß sich Frankreich mit demokratisch regierten Staaten umgeben und daß es die Intrigen der oligarchischen Regierungen nicht straflos hinnehmen werde. Man mußte dem Direktorium den Wind aus den Segeln nehmen. Keim zur Unruhe, meinte er, sei überall vorhanden. Nur durch Opferbereitschaft und durch eine neue Staatsverfassung, so schrieb er dem Zürcher Hirzel, könne die Souveränität, die jetzt erst recht durch die Kombinationen der Nachbarmächte gefährdet sei, wieder „auf einen respektablen Fuß“ gesetzt werden. Noch ist es Zeit, das Vaterland zu retten, „wenn wir einig werden, und alsdann wollen wir vor Gott schwören, Schweizerbrüder zu sein und zu bleiben bis in den Tod“.

Als Angehöriger des vornehmen und bevorrechteten Basel ist er, der Bandfabrikant, zugleich ein Vertreter jener Revolutionsfreunde, die im Materiellen nicht aufgingen, sondern noch höhere, menschlich wertvolle Interessen pflegten. Auffällig, wie er zweierlei in sich vereinigt: er ist fortschrittlich, sozusagen modern eingee-

stellt, infolge seiner praktisch-christlichen Gesinnung. Er hat es aber gleichzeitig schwer, Vorurteile, die mit Stand und Herkommen zusammenhängen, zu überwinden. Er hat ein feines Gefühl für das, was vor seinem Gewissen gerecht ist, und er erscheint – man darf hier das Wort gebrauchen – als ein reiner Charakter. Die Umschaffung war für ihn ein Müszen. Sie führte ihn in schmerzliche Konflikte, auch innerhalb der Familie. Er war nicht ein eigentlicher politischer Kopf. Darum war es möglich, daß sich andere vordrängen konnten. Aber am 18. Dezember steht er ganz allein im Vordergrund. Er ist der Mittelpunkt aller Angriffe durch die Altgesinnten. Aber er gewinnt dadurch auch das unbeschränkte Vertrauen der Landleute. Er war bei aller Bescheidenheit mehr als nur Statthalter seines Schwagers in Paris, wenn er sich auch gerne auf dessen Einsichten berief. Was ihm selber an ruhiger Sicherheit und gleichbleibender Entschlossenheit abging, das wurde durch die Eigenschaften seines Charakters wett gemacht.

Die Bänke des Großratssaales waren am 18. Dezember dicht besetzt. Die Stimmung war gereizt. Denn die Franzosen hatten soeben „als Rechtsnachfolger“ des Bischofs von Basel das Bistum besetzt. Ihre Truppen hatten in den benachbarten Gemeinden des Birseck, in Arlesheim und Reinach und im Leimental Quartier bezogen.

Vischer brachte die Motion vor, Wort für Wort, wie sie ihm sein Schwager formuliert hatte. Jede Abänderung der Motion verbat er sich im voraus. Er kannte das beliebte Mittel, durch Einschränkungen einen Antrag unschädlich zu machen. Obschon er seine Mitbürger beschwore, nicht voreilig zu urteilen, sondern die Motion zu späterer Behandlung entgegenzunehmen, entfesselte er einen Sturm, in dem er „viel garstiges Zeug“ hören mußte. Oberstzunftmeister Merian suchte schon mit seinem ersten Votum, „den Anzug zu vergiften“. Er spekulierte auf die Zunftinteressen und mühte sich insbesondere, die Handwerker gegen Vischer aufzureißen. Man müsse nichts abändern, votierte er, sondern das Extremum abwarten. Die Motion sei überhaupt verfassungswidrig. Vischer wehrte sich: es sei das verfassungsmäßige Recht der Groß- und Kleinräte, das Standesgesetz zu erneuern. Er unternehme den Schritt aus purer Vaterlandsliebe, um auswärtige Einmischung oder Gärung im Innern zu verhüten. Mit gemeinen Schmähungen wurde er überhäuft. Er wurde als Unruhestifter und Rebellenführer bezeichnet. Legrand und Schultheiß Schnell unterstützten ihn. Aber die Mehrheit war nicht gewillt, großzügig auf die Untertänigkeit der Landschaft zu verzichten. Vier Stunden hielt Vischer aus, bis ihm die Nerven ganz einfach versagten. Der Anzug wurde durch großes Mehr verworfen und nicht einmal zu weiterer Behandlung, wie es die Ordnung verlangt hätte, in das Register eingetragen.

Man versteht, wie derselbe Mann, der den Mut zur Motion besessen hatte, jetzt von dem Gefühl überwältigt wurde, daß ihm Unrecht geschehen sei. Mit Tränen schmerzlicher Erregung verließ er die Großratssitzung, mit dem Vorsatz, nie wieder seinen Fuß dorthin zu setzen. Damit hätten allerdings die Gegner ihren Zweck erreicht, und die Zahl derartiger Exekutionen durch die Majorität, wie sie bis auf den Tag sich in Parteiversammlungen und Parlamenten ausleben, wäre bereichert worden.

Der Vielgeschmähte, der mutig in seinem eigenen Namen gehandelt hatte, gab in den an Ochs gerichteten Zeilen dem Schmerze Ausdruck über den Schimpf, der ihn in tiefster Seele verwundete. Ochs ließ den Schwager nicht im Stich. Zur „mehreren Sicherheit seines Schwagers, der in den edelsten Absichten sich bloßgestellt hatte“, unternahm der Oberstzunftmeister bei der französischen Regierung „die erforderlichen Schritte“. Dann schrieb er an Bürgermeister Burckhardt einen Brief, der nicht nur für diesen bestimmt war. Er nannte es einen Verfassungsbruch, daß die Motion nicht einmal in die Register sei eingetragen worden. Der Große Rat habe das Recht zur Verfassungsänderung. Boshafterweise erinnerte Ochs daran, wie dieser selbe Große Rat wiederholt Verfassungsänderungen vorgenommen habe, nämlich zu Ungunsten der Untertanen. Ein ganzes Register von derartigen Verfassungsänderungen stellte er zusammen. Die Motion sei von ihm, Ochs, ausgegangen. Er habe sie dem Schwager angeraten. Er habe nur dessen Zustimmung abgewartet, um dann rechtzeitig dem Bürgermeister und den Freunden von der Absicht Kenntnis zu geben. Er sei von dem Termin überrascht worden. Im Luxembourg habe man Freude darüber bezeugt, daß Vischer auf die Befreiung der Untertanen angetragen habe. Aber das Benehmen des Rates lasse ihn nichts Gutes voraussehen. Man habe Vischer in seiner Ehre gekränkt. Kurz, Ochs bekannte sich mit aller Deutlichkeit zu der Motion und gab auch zu verstehen, daß man im französischen Direktorium dem Verlauf nicht gleichgültig gegenüberstehe. Auch dem Ratsherrn Vischer schrieb Ochs, und zwar ebenfalls für einen größeren Leserkreis. Er habe nicht nur verfassungsmäßig, sondern uneigennützig und vaterländisch gehandelt. Er solle ruhig erklären, daß Ochs ihm den Anzug angeraten habe und deshalb alle gegen Vischer gerichteten Beschimpfungen auf sich nehme. „Ihre Sache ist ganz meine Sache.“ Das Schreiben war von geradezu protokollarischer Sachlichkeit.

Die entrüsteten Standesgenossen Vischers setzten ihren Feldzug in Pamphleten fort. Das ist für einen rechtlichen Bürger immer empfindlich. Dafür konnte ihn die unbeholfen verfaßte Sympathiebezeugung aus dem Kreise der Handwerker trösten.

Das Gewitter reinigte die Atmosphäre. Die Kampfansage war erfolgt. Ihr entsprach die Abwehrstellung. Die beiden extremen Parteien zeichnen sich deutlich ab. Zwischen ihnen die Gruppe der Vorsichtigen, die sich das Protokoll für alle Fälle offen behielten. Es war mit dem Sieg über Vischer, wenn man die ganze Wirkung erfaßte, nicht weit her. Denn jetzt beginnt die Agitation auf der Landschaft, und das Patriotenkämmerlein in der Stadt nimmt neue Mitglieder auf. Es sind gute Namen, die sich eintragen lassen. Man spürt, wie die neutrale Ruhe jetzt durch Bewegung abgelöst wird. Die Motion wirkte wie ein Frühlingsregen. Auf einmal ist die Starre des Bodens gelöst; alles drängt ans Licht.

Die scheinbare Niederlage Vischers zeitigte ihre Erfolge. Es läßt sich ohne Mühe denken, wie, laut und im stillen, nur von diesem Tumult in der Ratsversammlung gesprochen wurde. Man wußte jetzt, um was es in erster Linie ging: um die Gleichstellung der Untertanen. Der Rat getraute sich nicht, sich seines Erfolges über Vischer zu rühmen. Wenn die Bürgerschaft, und wenn die Landleute von dem Vorstoß Vischers vernahmen, dann wuchs die Unruhe. Also wurde „Heling“ geboten. Niemand durfte ausplaudern, was sich zugetragen. Wie auf beiden Seiten diese Verschwiegenheit nicht beachtet wurde, das erhellt aus den anonymen Zetteln und Zuschriften an Vischers Haustür und aus dem gegen ihn gerichteten „Libell“ auf offenem Markt. Der Große Rat setzte sich aus rund 280 Mitgliedern zusammen. Wenn nur die Hälfte der Anwesenden unter dem Siegel der Verschwiegenheit den Zusammenstoß im Rat den nächsten Vertrauten schilderte – und wer konnte das unerhörte Erlebnis mit sich allein herumtragen? – dann mußte in kürzester Frist die Kunde von Vischers Motion wie ein Lauffeuer durch die Stadt gehen. Auch Vischer ließ sich durch dies veraltete Mittel nicht mundtot machen.

Seine Motion enthielt die Formel, die von jetzt an als Programm der Patrioten zu Stadt und Land Geltung hatte und in die unklaren und zersplitterten Forderungen Klarheit brachte. Die mißtrauisch zurückhaltenden Bauern auf der Landschaft wußten jetzt, daß sie Freunde in der Stadt „und einen Anwalt in Paris“ hatten, und zwar Freunde, die es auf ein Wagnis ankommen liessen. Der Auftritt vom 18. Dezember wurde zur zügigsten Propaganda.

Der 18. Dezember ist der eigentliche Beginn der Basler Revolution. Sie vollzog sich in einem unglaublich raschen Tempo, nämlich im Zeitraum von fünf Wochen. Ein kurzer Zeitraum für eine Umschaffung, die das Gewalttätige nach Möglichkeit verhinderte.

Es begann jetzt der zähe Kampf in der Stadt zwischen den Altgesinnten und den Patrioten. Jeder Vorstoß der Freiheitsfreunde wurde von den Altgesinnten nach bestem Können aufgefangen und unschädlich gemacht. Dafür erweiterte sich

der Kreis der Patrioten zusehends. Sie nützten die Zeit. Sie brauchten sie zur Verbindung mit den Bauern.

Die Obrigkeit war im Nachteil, weil man ihr und nicht den Patrioten einen Verfassungsbruch vorwerfen konnte. Es blieb ihr gar nichts anderes übrig, als auf die Motion zurückzukommen. Sie zeigte dem Volke gegenüber die Bereitwilligkeit zu Reformen. Damit ließ sich die übliche Verschleppungspolitik verbinden. Der Motion wurde zudem die Spitze genommen. Am 23. Dezember machte Bürgermeister Buxtorf den Anzug, „es sollte von einer oder mehreren Stellen beraten werden, was zum Besten des Landes vorgenommen werden könnte“. Das war sehr unbestimmt. Von der Aufhebung der Untertänigkeit war da keine Spur. Ochs hatte, als er von dem Antrag hörte, nur ein geringschätziges Lächeln und eine ablehnende Handbewegung dafür übrig.

Den Altgesinnten im Rat lag viel daran, Zeit zu gewinnen. Denn in Aarau trat eine außerordentliche Tagsatzung zusammen. Ihre Beratungen gingen darauf aus, sich durch die fremden Mächte den bisherigen Verfassungszustand garantieren zu lassen, gemeinsam den Schwindelgeist, der bald da, bald dort die Untertanen ergriff, niederzuhalten und durch die Erneuerung des Bundes zweierlei zu erreichen: die gegenseitige Verpflichtung auf die alten Briefe, d. h. Fortdauer einer undemokratischen Eidgenossenschaft von regierenden Orten und regierten Untertanen, und das Schauspiel der Einigkeit nach außen. Wenn Basel sich an diesem Bundesschwur beteiligte, dann war das ein Verzicht auf die Umschaffung.

Alles drängte auf einen Entscheid: für oder gegen die Motion, für oder gegen Rechtsgleichheit, für oder gegen die bestehende Form der Eidgenossenschaft. Während der Geheime Rat über Konjunkturen brütete, ging die Kunde von Vischers Antrag durchs Land. Der Bauer wußte, daß die Gnädigen Herren auch Gestrenge Herren waren. Und trotzdem hatte sich Vischer nicht gefürchtet. Er war unterlegen. Aber sie würden es ihm nie vergessen.

Die Motion Vischer beunruhigte nicht nur die baslerischen, sondern die schweizerischen Regierungen überhaupt. Bern voran. Dem Schultheißen Steiger war es schlechtweg unmöglich, der neuen Strömung nachzugeben. Sein Verharren auf der antifranzösischen Politik, die mit Kaiser und Reich allerdings geslagen war, war konsequent. Nur war sie in diesem Zeitpunkt weniger staatsmännisch denn je. Wie er sich gegen jegliches Zugeständnis zur Wehr setzte, so klammerte sich in Basel der Oberstzunftmeister Andreas Merian an das Bestehende. Er war die Seele der Altgesinnten, der einzige von den vier Häuptern, der es aufs Biegen oder Brechen wollte ankommen lassen. Das Verharren auf dem Bestehenden aber besaß nichts Produktives. Der idealistischen Gesinnung und Opfer-

bereitschaft hatte er nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen. Im entscheidenden Augenblick hatte er, wie sich Johann Rudolf Frey ausdrückt, la bouche cousue. Er sah die Zahl seiner Anhänger zusehends geringer werden. Das Verharren im Überlieferten ist in gewissem Sinne Treue gegen sich selbst. Aber es ist unfruchtbar und geradezu verhängnisvoll, wenn die Anschauungen sich umbilden und neue Lebensformen verlangen.

In der Bürgerschaft selber vollzog sich der Umschwung zugunsten der Umschaffung. Die Gedanken von den Menschenrechten und die Einsicht in die Weltlage bemächtigten sich auch der Zögernden. Es ist durchaus richtig, wenn Carl Wieland, der Enkel des damaligen Liestaler Stadtschreibers, betont, daß „die Besten, die Edelsten der Nation“ an der helvetischen Revolution teilnahmen, „nicht aus selbstsüchtigen Absichten, sondern weil sie einsahen, wie unendlich vieles faul sei im Vaterlande, und wie nur eine gründliche Reformation an Haupt und Gliedern Heilung und Besserung schaffen könne.“

Der Agent Mengaud wird französischer Geschäftsträger. Am 28. Dezember 1797 begrüßt ihn eine Abordnung des großen Rates. Die Hüninger Generalität hat sich eingefunden. Die Patrioten sind anwesend. General Dufour schließt seine Ansprache an Mengaud mit den Worten: „Du wirst gerecht sein gegen alle, aber du wirst die Feinde der Oligarchen unter deinen Schutz nehmen.“ Mengaud antwortet verwegen. Die Reden werden zur Propaganda als Flugblatt gedruckt. Die französische Nationalfahne, das Zeichen der demokratischen Republik, wird aufgezogen. Das Fahnentuch füllt die Straße vor Drei Königen. Von Hüningen donnern die französischen Kanonen. Darauf ein Bankett, eine Patriotenmahlzeit, die vorbildlich wird für ähnliche Festlichkeiten. Auch Ratsmitglieder befinden sich unter den Gästen. Am selben 28. Dezember fällt in Paris eine wichtige Entscheidung: das fränkische Direktorium stellt „auf Grund alter Verträge“ die Waadtländer Patrioten unter seinen Schutz. Die Regierungen von Bern und Freiburg werden persönlich haftbar gemacht. Wenn also die Waadtländer Patrioten eine Nationalversammlung einberufen, um sich frei und unabhängig zu erklären, dann muß Bern mit ihnen schonend verfahren. Oder der Krieg mit Frankreich ist die Folge.

Der Stadtschreiber Wieland, der in Liestal als aufmerksamer Beobachter seines Amtes waltete, sprach die Meinung aus, Aufopferungen von allen Seiten seien notwendig. Er war der Auffassung, daß der Stadtbürger dies Opfer seinem bisherigen „Pflegesohn“ bringen könne, ohne dabei zu verlieren. Pflegesohn – nicht Untertan! Die Patrioten, die den ersten Aufruf veröffentlichten, gingen noch weiter. Sie nannten die „biedern und rechtschaffenen Bürger des Kantons“ – nicht nur der Stadt – „Teuerste Brüder“.

Als „Brüder“ betrachteten sich die Patrioten, die sich im „Kämmerlein“ zusammenschlossen und sich zu Stadt und Land für die Erteilung der Rechtsgleichheit einsetzten. Sie vor allem bewirkten, daß in Basel die idealistische Richtung siegte, ein Sieg, wie er sich in Jahrhunderten von Politik nicht oft wiederholt.

7. Organisation der städtischen Patrioten und Verbindung mit den Untertanen.

Der Wille zur Verfassungsänderung galt als revolutionär. Wenn dieser Wille und das offene Wort aus dem Ratssaal verdrängt werden, dann treten die Gleichgesinnten in der Stille zusammen, um das Werk durchzuführen. Das aber ist das Wesen solcher Verbindung: sie führt nicht Protokoll, versorgt nicht die Archive mit Berichten und Entwürfen, sondern sie wird erst offenbar, wenn sie stark genug geworden ist, um die Öffentlichkeit nicht zu fürchten.

So werden wir auch nie erfahren, was in den vier Wänden der Bauernstube oder des Tabakkämmerleins bei gedämpftem Licht abgeredet worden ist, oder wie unter dem Schein von Kauf und Verkauf, unter dem Vorwand von Geschäfts-gängen aufs Land hinaus oder bei scheinbar harmlosen Zweckessen die persönlichen Verbindungen hergestellt worden sind. Auch die Strategie der Revolution ist, wie die im Felde, eine Angelegenheit von Eingeweihten. Es bestandem im Jahre 1797 Einverständnisse unter den städtischen Patrioten, bevor eine Organisation geschaffen wurde, und die Verbindung mit Männern der Landschaft wurde bald da, bald dort hergestellt.

Der erste planvolle Zusammenschluß erfolgte in der Stadt. Dort hatte Ochs Vorarbeit geleistet. Die Anwesenheit der französischen Gesandtschaft und die Nähe der Besatzung in Hüningen bot den städtischen Patrioten einen gewissen Schutz. Die Regierung mußte sich Zurückhaltung auferlegen, durfte nicht dreinfahren, wie die extremen Altgesinnten gerne gesehen hätten.

Der Bürger politisierte hinter seinem Schoppen. Er ließ sich nicht völlig das Maul verbinden. Seitdem Mengaud sich sozusagen auf offener Straße als Freund der Patrioten bezeichnete, revolutionäre Redensarten im Angesichte von Regierungsvertretern aussprach und zum Ärger der Altgesinnten die Trikolore aufzog, wurden auch die Patrioten in der Stadt mutiger. Wenn man aber etwas erreichen wollte, dann mußte man aus dem Zustand der Diskussion zur Handlung übergehen. Haltbare Verbindungen zwischen den städtischen und Baselbieter Patrioten mußten hergestellt werden.